

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

304

Wien, am 24. Oktober 1933.

Der Rechnungsabschluss der Gemeinde Wien über das Jahr 1932.

Der Rechnungsabschluss der Gemeinde Wien über das Jahr 1932 ist soeben erschienen. Er steht im Zeichen der Wirtschaftskrise, die gegenüber dem Jahre 1931 eine bedeutende Verschärfung erfahren hat. Schon bei Erstellung des Voranschlages wurde mit einer weiteren Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse gerechnet. Die tatsächliche Entwicklung war jedoch noch ungünstiger. Die Folge davon war ein Rückgang der Einnahmen der Gemeinde, dem im Laufe des Jahres immer wieder durch weitgehende Sparmassnahmen Rechnung getragen werden musste.

Die Gesamtheit der Einnahmen und Ausgaben zeigt folgendes Bild:

Gesamteinnahmen: Voranschlag 396,749.000 Schilling, Rechnungsabschluss 372,324.000 Schilling, Gesamtausgaben: Voranschlag: 397,533.000 Schilling, Rechnungsabschluss: 381,341.000 Schilling.

Zieht man die darin enthaltenen blossen rechnungsmässigen Durchführungen von der Einnahmen- und Ausgabenseite ab, so ergibt sich eine Gesamteinnahme von 346,976.000 Schilling und eine Gesamtausgabe von 355,993.000 Schilling.

Gegenüber dem Jahre 1930, in dem der Gemeindehaushalt mit einer Einnahmensumme von 445,303.000 Schilling und einer Ausgabensumme von 461,811.000 Schilling, beide ohne die blossen Rechnungsposten, seine grösste Ausdehnung erlangt hat, bedeutet dies bei den Einnahmen einen Rückgang um 98,327.000 Schilling oder 22 Prozent und bei den Ausgaben einen Rückgang um 105,818.000 Schilling oder 23 Prozent.

Das Rechnungsjahr 1932 schliesst mit einem Gebarungsabgang von 9,017.000 Schilling. Dieses Ergebnis ist darauf zurückzuführen, dass durch eine Verordnung der Bundesregierung, die erst lange nach Ablauf des Rechnungsjahres, nämlich am 16. Juni 1933, erlassen worden ist, die im Finanzausgleich vorgesehene Gewährleistungsklausel rückwirkend für das Jahr 1932 ausser Wirksamkeit gesetzt wurde. Dadurch wurde der Gemeinde nachträglich eine Einnahme von 19'7 Millionen Schilling, mit der sie auf Grund der geltenden Gesetze gerechnet hatte, entzogen. Bekanntlich hat die Gemeinde Wien diese Angelegenheit bei dem Verfassungsgerichtshof anhängig gemacht. Der Verfassungsgerichtshof hat das Verfahren unterbrochen, um von Amtswegen in die Prüfung der Gesetzmässigkeit der Verordnung der Bundesregierung betreffend Aenderung des Verfassungsgerichtshofgesetzes vom Jahre 1930 einzugehen. Die Entscheidung steht noch aus. Wird dem Standpunkt der Gemeinde Wien zur Gänze Rechnung getragen werden, so wird sich der Gebarungsabgang des Rechnungsjahres 1932 in einen Gebarungsüberschuss von 6,483.000 Schilling verwandeln. Der Rechnungsabschluss kann demnach, da sein Endergebnis von dem Ausgang eines anhängigen Prozesses abhängt, nicht als endgiltig betrachtet werden.

Die Ausgaben für Arbeit schaffende bauliche Herstellungen, Inventaranschaffungen und dergleichen beliefen sich im Berichtsjahr auf 47,256.000 Schilling.

Zu den einzelnen Verwaltungsgruppen, in denen sich die Sparmassnahmen naturgemäss stark geltend machten, ist folgendes zu bemerken

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am

Personalangelegenheiten:

Der gesamte Personalaufwand des Jahres 1932 betrug 180,324.000 Schilling, wovon 130,001.000 Schilling auf die Bezüge aktiver Angestellter, 46,630.000 Schilling auf eigene Pensionsparteien und 3,692.000 Schilling auf Beiträge zu dem mit dem Land Niederösterreich gemeinsamen Pensionsaufwand und zum Pensionsaufwand der Donau-Regulierungskommission entfielen. Von den Personalkosten betreffen 39,431.000 Schilling die Aktivbezüge und 22,719.000 Schilling die Pensionsbezüge der Lehrer.

Gegenüber dem Jahre 1931 ist der Personalaufwand um 7,820.000 Schilling geringer. Die Verminderung ist auf die ab Oktober 1931 durchgeführte Bezugskürzung und eine Drosselung der Ausgaben für Nebenbezüge zurückzuführen.

Der Stand der aktiven Angestellten am 31. Dezember 1931 war 23.452. Am 31. Dezember 1932 war der Personalstand 22.971. Es ist also im Jahre 1932 eine Verminderung um 481 Personen eingetreten. Hingegen hat die Zahl der Pensionsparteien eine Steigerung von 10.695 auf 11.031, somit um 336 erfahren.

Finanzwesen:

Die grossen Kassenbestände der Gemeinde sind bekanntlich im Jahre 1931 für Zwecke der Arbeitsbeschaffung aufgezehrt worden, sodass zu Beginn des Jahres 1932 nur mehr 1,596.000 Schilling verfügbar waren. Zum Jahresende sind die Kassenbestände auf 1,191.000 Schilling zurückgegangen.

Die Abgabenertragsanteile sind im Rechnungsabschluss mit 72,430.000 Schilling eingesetzt. Dies ist der Betrag, der vom Bundesministerium für Finanzen tatsächlich überwiesen worden ist. Nach der endgültigen Abrechnung ist hierin nach der Auffassung des Bundesministeriums für Finanzen noch ein Uebergenuß von 4,185.000 Schilling enthalten, der von der Gemeinde im Jahre 1933 zur Gänze an den Bund zurückgezahlt werden musste.

Die eigenen Steuern der Gemeinde und die Zuschläge zu den Bundessteuern, die mit einem Gesamtbetrag von 174,185.000 Schilling präliminiert waren, haben tatsächlich den Betrag von 172,616.000 Schilling ergeben. Die einzelnen Steuern weisen aber grosse Verschiedenheiten auf. Während die Wohnbausteuer infolge des am 1. Februar 1932 in Kraft getretenen Zuschlages einen Mehrertrag von rund 7,700.000 Schilling geliefert hat und die Wertzuwachsabgabe sowie die Zuschläge zu den Immobiliargebühren infolge des regen Realitätenverkehrs Mehreinnahmen von zusammen rund 8'5 Millionen Schilling gebracht haben, zeigt sich insbesondere bei der Fürsorgeabgabe ein Rückgang um 7,856.000 Schilling, bei der Lustbarkeitsabgabe um 1,836.000 Schilling, bei der Nahrungs- oder Genussmittelabgabe um 3,466.000 Schilling und bei den beiden Bierverbrauchsabgaben ein Entfall von zusammen 2,276.000 Schilling. Der Rückgang der Biersteuern trifft die Gemeinde Wien um so härter, als sie nach der geltenden Abgabenteilung verpflichtet ist, die eine Abgabe, die 3'80 Schilling pro Hektoliter beträgt, mit einem garantierten Mindestbetrag von 6'5 Millionen Schilling an die anderen Länder und Gemeinden abzuliefern, während der tatsächliche Ertrag nur 4,042.000 Schilling gewesen ist. Wien muss daher hier noch 2,458.000 Schilling aus anderen Steuereinnahmen zuzahlen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am _____

Im einzelnen weisen die Gemeinde und Landesabgaben im abgelaufenen Verwaltungsjahr folgendes Ergebnis auf:

Grundsteuer.....	494.004	Schilling
Wohnbausteuer.....	43,530.034	"
Bodenwertabgabe von verbauten Liegenschaften.....	2,491.926	"
Bodenwertabgabe von unverbauten Grundflächen.....	2,351.164	"
Fürsorgeabgabe.....	56,143.562	"
Lustbarkeitsabgabe.....	13,164.338	"
Nahrungs- oder Genussmittelabgabe	7,134.038	"
Fremdenzimmerabgabe	2,427.557	"
Wertzuwachsabgabe	11,521.148	"
Flakatabgabe	939.591	"
Anzeigenabgabe	2,344.116	"
Hauspersonalabgabe	1,232.073	"
Pferdeabgabe	27.384	"
Hundeabgabe	793.414	"
Feuerversicherung	3,596.800	"
Feilbietungsabgabe	332.454	"
Konzessionsabgabe	476.689	"
Verwaltungsabgaben und Beitrag zu den Kosten des Strafverfahrens	1,004.197	"
Wasserkraftabgabe	4,361.627	"
Bierverbrauchsabgabe (6 Schilling vom Hektoliter)	6,382.151	"
Bierverbrauchsabgabe (3'80 Schilling" ")	4,042.029	"
Zuschlag zu den Immobiliargebühren	7,450.739	"
Zuschläge zu den Gebühren von Totalisateur und Buchmacherwetter	349.942	"
Kraftwagenabgabe (Nachträgliche Eingänge).....	25.071	"

Die Gemeinde- und Landesabgaben lieferten den Höchstertrag im Jahre 1929 mit dem Betrag von 210,201.000 Schilling. Im Jahre 1932 ergibt sich also demgegenüber ein Rückgang um 37,585.000 Schilling.

Die am 31. Dezember 1932 aushaftenden Rückstände an Steuern betragen insgesamt 24 Millionen Schilling. Dieser Betrag stellt die Summe aller Rückstände dar, die nicht nur im Jahre 1932, sondern seit der Einführung der Abgaben überhaupt aufgelaufen sind. Ein Drittel davon entfällt auf die Wertzuwachsabgabe. Hier handelt es sich grösstenteils um rückständige Abgaben aus Zwangsversteigerungen, bei denen der Ersteher der Liegenschaft nicht zahlungspflichtig ist und die Hereinbringung daher naturgemäss auf besonders grosse Schwierigkeiten stösst.

Da die Gemeinde Wien es in den letzten Jahren vermieden hat, Schulden zu machen, ist der Schuldendienst, der für andere öffentliche Körperschaften in der heutigen Zeit besonders drückend ist, bei der Gemeinde Wien auf ein Mindestmass herabgedrückt, das sich nur durch die Verpflichtungen aus früherer Zeit ergibt. Der Schuldendienst der Gemeinde beträgt im Jahre 1932 einschliesslich des Beitrages zur Tilgung und Verzinsung der Niederösterreichischen Landesanleihe vom Jahre 1911 netto 1,092.000 Schilling. Der Dienst der Dollaranleihe wird bekanntlich von den städtischen Unternehmungen, denen der Anleiherlös für Investitionszwecke zugeflossen ist, allein getragen.

Von den städtischen Unternehmungen hat das Brauhaus 405.000 Schilling, die Ankündigungsunternehmung "Gewista" 104.000 Schil-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IV. Blatt

Wien, am _____

ling und die städtische Leichenbestattung 220.000 Schilling an die Gemeindekasse abgeliefert.

Die von der Gesiba treuhändig verwalteten Baustoffbetriebe haben im Jahre 1932 aktiv abgeschlossen und einen Ueberschuss von 42.000 Schilling abgeführt.

Die Aufwendungen zur Hebung des Fremdenverkehrs machen 1,660.000 Schilling aus. Das Mehrerfordernis gegenüber dem Voranschlag ist durch eine ausserordentliche Zuwendung an die Fremdenverkehrskommission im Zusammenhang mit der Erwerbung der Kahlenbergbahnaktien erwachsen.

Wohlfahrtswesen und soziale Verwaltung.

Die Aufwendungen für das Wohlfahrtswesen betragen 109,387.000 Schilling gegenüber 115,349.000 Schilling im Jahre 1931. Trotz der Ersparungen, zu denen die Gemeinde infolge der sinkenden Einnahmen genötigt war, hat sie den erfolgreichen Versuch gemacht, das Wohlfahrtswesen im Jahre 1932 möglichst ungeschmälert aufrecht zu erhalten, um den stärkeren Anforderungen der Krisenzeit gewachsen zu sein.

An laufenden Unterstützungen und Aushilfen für Erwachsene wurden 18,462.000 Schilling ausgegeben, um 1,580.000 Schilling mehr als im Jahre 1931. Hievon entfallen 14,868.000 Schilling auf Erhaltungsbeiträge, die an ^{mehr als} 40.000 Menschen gewährt wurden. Der Aufwand für die Versorgungshäuser, in denen im Tagesdurchschnitt 7.910 Personen untergebracht waren, belief sich auf 10,066.000 Schilling. Das Obdachlosenheim, das durchschnittlich von 2.254 Personen pro Tag aufgesucht wurde, erforderte einen Aufwand von rund 884.000 Schilling. An Verpflegskosten für in fremden Fürsorgeanstalten untergebrachte Wiener sind rund 470.000 Schilling aufgelaufen.

Auch die Fürsorge für Kinder und Jugendliche hat der Krisenzeit entsprechend gesteigerte Anforderungen gestellt. Während Ende 1931 für 29.635 Kinder Pflegegelder und Pflegebeiträge gewährt worden sind, sind Ende 1932 32.871 Kinder befürsorgt worden. Der Aufwand für Pflegegelder und Pflegebeiträge erhöhte sich gegenüber 1931 mit 6,450.000 Schilling im Jahre 1932 auf 8,200.000 Schilling, das ist um 1'75 Millionen Schilling. Daneben wurde an Geld- und Sachaushilfen für Kinder und Jugendliche noch ein Betrag von 793.000 Schilling ausgegeben. Wie im Vorjahre wurden dem Wiener Jugendhilfswerk 200.000 Schilling und der Aktion "Lehrlinge aufs Land" 50.000 Schilling zugewendet. Für die Kindergärten und Horte wurden im Berichtsjahr 5,460.000 Schilling ausgegeben. Die Schülerausspeisung in den Schulen erforderte einen Aufwand von 2,026.000 Schilling. Die Ausgaben für Säuglingswäschepakete betragen 454.000 Schilling. Der Betrieb der Jugendfürsorgeanstalten der Gemeinde (die Kinderübernahmestelle, das Zentralkinderheim, das Kinderheim Wilhelminenberg, das Waisenhaus Hohe Warte, sowie die Erziehungsanstalten Klosterneuburg, Weinzierl und Eggenburg) kosteten im Jahre 1932 insgesamt 4,561.000 Schilling. Daneben wurden für die Unterbringung und Verpflegung von Kindern in fremden Fürsorgeanstalten 1,567.000 Schilling ausgegeben.

Auch das Gesundheitswesen stellte zum grossen Teile erhöhte finanzielle Anforderungen. So wurden zum Beispiel für an Arme ausgegebene Arzneien, Bandagisten- und Optikerwaren im Jahre 1932 468.000 Schilling aufgewendet. Der Betrieb der 12 Tuberkulosefürsorgestellen erforderte 434.000 Schilling. Der Betrieb der Tuberkulosenheilstätten (Lungen-

RATHAUSKORRESPONDENZ

V. Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am.....

heilstätte Baumgartnerhöhe mit einem Bolag von 504 und Kinderheilanstalt Bad Hall mit einem Belag von 177 Patienten im Tagesdurchschnitt) kostete 1,668.000 Schilling. Für das Krankenhaus Lainz, in dem täglich durchschnittlich 883 Kranke in Behandlung standen, wurden 3,998.000 Schilling aufgewendet. Die dort befindliche Sonderabteilung für Strahlentherapie erforderte weitere 375.000 Schilling. Das Leopoldstädter-, Mautner Markhoff'sche- und das Karolinen-Kinderspital, die einen durchschnittlichen Tagesstand von 394 Patienten hatten, machten einen Aufwand von 1,364.200 Schilling erforderlich. Für das Entbindungsheim der Gemeinde Wien (Brigittaspital), mit einem durchschnittlichen Belag von 115 Wöchnerinnen, mussten 557.000 Schilling aufgewendet werden. Die Wiener Landes-Heil- und Pflegeanstalt^{en} für Geisteskranken Am Steinhof und in Ybbs a. der Donau mit einem durchschnittlichen Stand von 5.136 Pflinglingen forderten einen Aufwand von 9,189.000 Schilling. Daneben sind noch an Krankenkosten für die in fremden Anstalten untergebrachten Wiener rund 3,250.000 Schilling aufgelaufen.

In Auswirkung der Wirtschaftskrise hat naturgemäss der Beitrag des Landes Wien zu den Notstandsauhilfen für Arbeitslose und zu den Kosten der Altersfürsorge gegenüber dem Jahre 1931 eine Steigerung um mehr als 1'1 Million Schilling erfahren. Diese Ausgabenpost hat damit einen Betrag von 16'5 Millionen Schilling erreicht.

Wohnungswesen.

Für den Wohnhausbau wurden im Berichtsjahr aus eigenen Mitteln der Gemeinde rund 34,000.000 Schilling, für Bauten auf Grund des Wohnbauförderungsgesetzes rund 9,000.000 Schilling, zusammen somit ungefähr 43,000.000 Schilling verausgabt. Trotzdem bereits erheblich weniger als im Jahre 1931 präliminiert worden war, ist infolge der Sparnotwendigkeit noch um ungefähr 7 Millionen Schilling weniger gebaut worden, als veranschlagt war.

Wie stark der Rückgang der Betätigung der Gemeinde auf diesem Gebiete ist, zeigt ein Vergleich mit dem Jahre 1926, in dem mehr als 117 Millionen Schilling für den Wohnhausbau aufgewendet wurden. Demgegenüber ist der Aufwand des Berichtsjahres nahezu nur mehr ein Drittel.

Im Jahre 1932 sind durch die Bautätigkeit der Gemeinde insgesamt 5.074 Wohnungen und 52 Geschäftslokale zugewachsen. 5.447 Wohnungen und 48 Geschäftslokale waren zu Jahresende noch in Ausführung.

Der Aufwand an Zuschüssen zu den Mietzinzen, die 40 Groschen für eine Friedenskrone übersteigen, machte im Berichtsjahr 760.000 Schilling aus.

Technische Angelegenheiten.

In der Verwaltungsgruppe "Technische Angelegenheiten" ergibt sich eine Ausgabensumme von 45,570.000 Schilling und eine Einnahmensumme von 27,448.000 Schilling.

Die Ausgabensumme bleibt infolge der durchgeführten Sparmassnahmen um rund 2'1 Millionen Schilling hinter dem Voranschlagsansatz zurück. Die Einsparungen gingen zwar weit über diesen Betrag hinaus, das Plus ist jedoch dadurch aufgehoben, dass sich beim Wasserleitungsbetrieb, der seine Wertabschreibungen erstmalig auf Grund der tatsächlichen Gold-

RATHAUSKORRESPONDENZ

VI. Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am.....

werte erstellte, eine Aufwandüberschreitung um rund 4,2 Millionen Schilling ergab. Kürzungen erfuhren insbesondere der Fuhrwerksbetrieb, die Bäder, das Kanalisationswesen sowie Strassenbau und Strassenhaltung.

Die Einnahmenseite dieser Verwaltungsgruppe weist bloss einen Mindereingang von 800.000 Schilling gegenüber dem Voranschlag auf. Die Besucherzahl in allen städtischen Bädern war 10,851.438 gegenüber 10,726.373 im Jahre 1931.

Ernährungs- und Wirtschaftsangelegenheiten.

In dieser Verwaltungsgruppe ergaben sich nur geringe Abweichungen gegenüber dem Voranschlag. Die Summe der Ausgaben beträgt 23,890.000 Schilling, die Summe der Einnahmen 15,025.000 Schilling. Unter anderem wurden für die Erwerbung von Gründen und Liegenschaften nur 571.000 Schilling statt der veranschlagten 1,000.000 Schilling ausgegeben. Nicht vorgeesehen war die Errichtung der Stadtrandsiedlung Leopoldau, für die der Gemeinderat im Juli 1932 eine Ausgabe von 100.000 Schilling bewilligt hat.

Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten.

Diese Verwaltungsgruppe schliesst mit einer Ausgabensumme von 8,479.000 Schilling, wovon 7,342.000 Schilling auf die Feuerwehr entfallen, und mit einer Einnahmensumme von 2,371.000 Schilling ab. Sie weicht damit von den Ansätzen des Voranschlages nur wenig ab.

614

.....

Die Verwaltungsberichte der städtischen Unternehmungen über das Jahr 1932 werden Ende des Monats zur Aussendung gelangen.
